

# **Für eine neue Diskussion zur Qualität der Arbeit**

**Thorsten Schulten**

Angesichts von mehr als 5 Millionen offiziell registrierten Arbeitslosen droht die Frage nach der „Qualität der Arbeit“ immer mehr zur Nebensache zu werden. Hierzu passt die unlängst von Bundespräsident Horst Köhler in einer Grundsatzrede vor deutschen Arbeitgebern geforderte „politische Vorfahrtsregel für Arbeit“ – nach dem Motto: „Was dem entgegensteht, muss unterlassen werden. Was anderen Zielen dient, und seien sie noch so wünschenswert, ist nachrangig.“

Die Massenarbeitslosigkeit in Deutschland bildet den Hintergrund, vor dem Arbeitslose und Beschäftigte gleichermaßen immer neuen Zumutungen ausgesetzt werden. Spätestens mit Hartz IV folgt die aktuelle Arbeitsmarktpolitik der Maxime „Jede Arbeit ist besser als keine Arbeit“ und zwingt Arbeitslose, praktisch jede angebotene Arbeit anzunehmen – und zwar unabhängig von ihrer bisherigen Qualifikation und Berufserfahrung. Auch die Einhaltung bestimmter „ortsüblicher“ Lohn- und Tarifstandards wird ausdrücklich nicht mehr als Kriterium für eine „zumutbare“ Arbeit anerkannt – von der „Qualität der Arbeit“ einmal ganz zu schweigen.

Die Beschäftigten sind derzeit in zahlreichen Betrieben mit Forderungen nach umfassenden Kostensenkungen konfrontiert, die einer scheinbar übermächtigen Wettbewerbs- und Standortlogik entspringen und kaum mehr Raum für eine innovative Arbeitsgestaltung lassen. Symptomatisch hierfür sind die aktuellen Auseinandersetzungen um Arbeitszeitverlängerung. Von dem beschäftigungspolitischen Unsinn dieser Forderung ganz abgesehen, scheinen angesichts des allmächtigen Kostendrucks die seit mehr als 20 Jahren geführten Diskussionen über die arbeits- und gesellschaftspolitische Bedeutung der Arbeitszeit wie weggeblassen.

Für die Beschäftigten hat diese Entwicklung zahlreiche negative Konsequenzen: So sind insbesondere die psychischen Gesundheitsbelastungen am Arbeitsplatz in den letzten Jahren spürbar angestiegen. Betriebliche Flexibilitätsanforderungen geraten zunehmend in Widerspruch zu den Arbeitszeitwünschen der ArbeitnehmerInnen. Die Verbindung von Arbeit und anderen Lebensbereichen (Work-Life-Balance) wird so immer schwieriger. Insgesamt hat diese Entwicklung weitreichende Auswirkungen auf Arbeitszufriedenheit, Motivation und Engagement der Beschäftigten, die in Hochglanzbroschüren immer als die zentralen Ressourcen für die Produktivität und Innovationsfähigkeit der Unternehmen gewürdigt werden.

Für das WSI waren all dies Gründe genug, um sich in seinem jüngsten WSI-Herbstforum mit der Qualität der Arbeit in Zeiten von Massenarbeitslosigkeit zu befassen. Das vorliegende Heft dokumentiert nun einen Großteil der auf dem WSI-Herbstforum 2004 gehaltenen Beiträge. In einem einleitenden Aufsatz begründet Dieter Sauer die These, dass angesichts des grundlegenden Wandels der Erwerbsarbeit und einer weitgehenden Vermarktlichung den traditionellen kompromissorientierten Ansätzen einer innovativen Arbeitspolitik deutliche Grenzen gesetzt sind und führt damit zugleich die in Heft 1/2005 der WSI-Mitteilungen begonnene Diskussion zur Entwick-

lung von Arbeit fort. Achim Trube analysiert den mit den Hartz-Gesetzen verbundenen Wandel hin zu einer „qualitätsblinden“ Arbeitsmarktpolitik, durch die das Beschäftigungsproblem zwar in keiner Weise gelöst wird, die jedoch die Ausdehnung prekärer Beschäftigungsverhältnisse weiter befördern wird.

Ingrid Kurz-Scherf stellt in ihrem Beitrag Ansätze zur Förderung der Qualität der Arbeit vor – die Initiativen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), der Europäischen Union (EU) und die von der Bundesregierung ins Leben gerufenen „Initiative neue Qualität der Arbeit (INQA)“ – und hinterfragt kritisch die hier verwendeten Qualitätskriterien. In Ergänzung hierzu untersucht Frank Siebern-Thomas den Stellenwert der „Qualität der Arbeit“ in der europäischen Beschäftigungspolitik, die im Unterschied zur vorherrschenden Diskussion in Deutschland sich darum bemüht, die positiven Synergien von Quantität und Qualität der Arbeit zu betonen und dementsprechend die Schaffung von „mehr und besseren Jobs“ einfordert.

Christina Klenner plädiert in ihrem Beitrag dafür, die bestehenden Ansätze von „guter Arbeit“ zu erweitern und für andere Formen gesellschaftlicher Arbeit (darunter insbesondere der Familienarbeit) anschlussfähig zu machen. Gerhard Naegele diskutiert Ansätze für eine nachhaltige Förderung von Arbeits- und Erwerbsfähigkeit, die auf eine lebenslaufbezogene Arbeitszeit-, Weiterbildungs- und Gesundheitspolitik zielen.

Als Praktiker analysiert Manfred Rompf die spezifischen Arbeits- und Gesundheitsbelastungen für die Beschäftigten in der Gesundheitsbranche. Klaus Pickshaus berichtet über aktuelle Initiativen, die die IG Metall im Rahmen ihres Projektes „Gute Arbeit“ durchführt. Schließlich veröffentlichen wir leicht gekürzt das von dem Netzwerk feministische Arbeitsforschung (Genda) erarbeitete „Memorandum zur zukunftsfähigen Arbeitsforschung“.

Gerade um die Arbeitsforschung ist es hierzulande derzeit nicht besonders gut bestellt. Sie leidet stark unter den Mittelkürzungen an den Hochschulen, darüber hinaus besteht die Gefahr, dass auch die ohnehin nicht sehr üppig ausgestatteten öffentlichen Förderprogramme weiter gekürzt werden. Dabei bildet gerade der Erhalt und Ausbau einer kritischen Arbeitsforschung, die sich um eine ganzheitliche Perspektive auf das Verhältnis von Arbeit und Leben bemüht, eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass das Thema „Qualität der Arbeit“ als das – wie es die Europäische Kommission formuliert – „Herzstück des europäischen Sozialmodells“ auch in Deutschland auf die gesellschaftliche Reformagenda rückt.

**Thorsten Schulten, Dr.**, ist Referatsleiter für Arbeits- und Tarifpolitik in Europa beim WSI in der Hans Böckler Stiftung.  
e-mail: Thorsten-Schulten@boeckler.de